ROTBUCH

Wer ist Willy Brandt

Wer ist Herbert Wehner

ROTBUCH

Herausgeber: CSU-Landesleitung, München 19
Verantwortlich: A. Niedermair — v. Parseval
Druck: A. Huber KG, München 50

Vorwort

Kein Wahlkampf wurde von der SPD und ihren Verbündeten mit so vielen und so hinterhältigen Angriffen und Verleumdungen gegen Unionspolitiker, vornehmlich den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, geführt, wie der für die vorgezogenen Bundestagswahlen am 19. November 1972.

Man scheut vor den übelsten Unterstellungen, Diffamierungen und Beschimpfungen nicht zurück, wenn es darum geht, den politischen Gegner zu verteufeln und ihn nach echter Dr.-Josef-Goebbels-Manier zum Volksfeind zu stempeln und zur negativen Symbolfigur zu verfälschen. Diese Volksverhetzer und Brunnenvergifter wenden gegen CDU/CSU-Politiker dieselben Methoden an, wie die Nazipresse a lá „Stürmer" gegen die Juden als man ihnen den Davidstern zur Brandmarkung angeheftet hat — alles zu dem Zweck, Haß zu erzeugen und aufzuwiegeln. Man greift im Kampf gegen Strauß — wie z. B. in dem von den Jusos, Jungdemokraten und Junggewerkschaftlern herausgegebenen „Schwarzbuch" — tief in den Sumpf der Verleumdungen und zieht daraus Lügengeschichten über angebliche Affairen hervor, auch wenn sie durch Gerichtsurteile oder durch Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages längst widerlegt wurden oder durch ihre offenkundige Schwachsinnigkeit sich selbst ad absurdum führen. Man huldigt dem Motto „lüge und verleumde nur kräftig, es bleibt immer etwas hängen".

Bezeichnend für diese Methode ist die schillernde Figur Bernt Engelmann, dessen Mitarbeit sich die Herausgeber des Schwarzbuches offensichtlich wegen seiner einschlägigen Vorbelastungen bedient haben. Denn er wurde in den beiden Fällen Minister a. D. Dr. Dr. Dr. Oberländer und General d. R. Prof. von der Heydte in zwei Instanzen rechtskräftig verurteilt und außerdem wegen Zahlungen mit ungedeckten Schecks an eine Berliner und eine Essener

Druckerei wegen Betrugs in zwei Fällen für schuldig befunden.

Das vorliegende „Rotbuch" wäre nicht entstanden, wenn nicht das „Schwarzbuch" vorhergegangen wäre. Das „Rotbuch" hat es nicht nötig, sich auf unbewiesene oder erfundene Behauptungen zu stützen, es schöpft vielmehr aus dem reichhaltigen Schatz von Aussprüchen und Darlegungen der beiden SPD-Politiker, die für den Kurs ihrer Partei verantwortlich zeichnen und damit das Charakterbild der heutigen SPD bestimmen; nämlich Willy Brandt und Herbert Wehner. Aus Zitaten, die alle im einzelnen belegt und von den Zitierten selbst als authentisch bestätigt sind, ergibt sich ein kennzeichnendes Bild des politischen Kurses der SPD und ihrer Parteiführer. Es ist im Interesse einer großen deutschen Partei und im Interesse der deutschen Demokratie äußerst bedauerlich, daß aufgrund von Originalunterlagen und authentischer Beweise ein solches Bild von der SPD gezeichnet werden mußte.

Wenn aber die SPD und ihre beiden führenden Politiker es zulassen, daß ihre demokratischen Gegner, die eine einwandfreie persönliche und politische Vergangenheit haben, mit Kübeln von Schmutz und Unrat übergossen werden und daß in unflätigster Weise Lügen und Verleumdungen über sie verbreitet werden, dann müssen sie wenigstens zugestehen, daß über sie die Wahrheit gesagt wird.

Der deutsche Wähler hat das Recht, die Wahrheit über die SPD und ihre politischen Führer zu kennen.

München im Oktober 1972

Die erste Auflage war noch vor dem 19. November 1972 vergriffen. Wegen der starken Nachfrage wird die Broschüre in einer handlicheren Form und durch weitere Quellenangaben ergänzt, erneut aufgelegt.

München im Februar 1973

Der Herausgeber

Wer ist Willy Brandt?

Willy Brandt

Man kennt ihn dank der Linkspublizistik und des mißbrauchten Propagandaapparates der Bundesregierung nur als „Friedenskanzler" und Friedensnobelpreisträger, als „Vaterfigur" einer „Volkspartei". Man weiß, daß er als angeblich Verfolgter des Dritten Reiches nach Norwegen emigrieren mußte, um dort für die Wiederherstellung der deutschen Demokratie zu kämpfen.

Sein selbstverfaßter Lebenslauf im Bundestagshandbuch der 6. Legislaturperiode lautet:

„Geboren am 18. Dezember 1913 in Lübeck; verheiratet, vier Kinder. Abitur am Johanneum in Lübeck. Historisches Studium in Oslo. 1933 bis 1947 journalistische und politische Betätigung in Skandinavien. 1945 bis 1947 Berichterstatter skandinavischer Zeitungen in Deutschland, Pressemitarbeiter der norwegischen Vertretung in Berlin. 1958 bis 1962 Vorsitzender der Berliner SPD; seit 1958 Mitglied des Vorstandes, seit 1964 Vorsitzender der SPD. Seit 1950 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, 1955 bis 1957 dessen Präsident. 1957 bis 1966 Regierender Bürgermeister von Berlin. — Mitglied des Bundestages 1. und 2. Wahlperiode. 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969 Stellvertreter des Bundeskanzlers und Bundesminister des Auswärtigen. 21. Oktober 1969 Bundeskanzler."

Kaum jemand in Deutschland ahnt, geschweige denn die Mehrheit der deutschen Wähler, was sich hinter diesem selbst stilisierten Lebenslauf tatsächlich verbirgt.

Wenn Willy Brandt heute als neue Gesellschaftsordnung an Stelle unseres bisherigen freiheitlichen Rechtsstaates den „demokratischen Sozialismus" als neue marxistische Ideologie verkündet und dem deutschen Volk verordnen will, daß „Demokratie nur durch Sozialismus verwirklicht werden kann", dann hat dies mit unserer freiheitlichen Ordnung nach dem Grundgesetz nichts mehr zu tun, sondern kann nur noch als Umschreibung für den Begriff jener Volksdemokratie gelten, die in den totalitären sozialisti-

schen Staaten jenseits der Mauer unter der kommunistischen Parteidiktatur in so grauenhafter Weise verwirklicht wird.

Brandt kehrt damit, wenn auch aus wahloptischen Gründen noch verschleiert, zu den Grundlagen zurück, die seine Jugend und seine ersten Mannesjahre bestimmten und die er heute mit „journalistischer und politischer Tätigkeit in Skandinavien" verniedlicht.

Mit Recht ist nach 1945, auch von den Alliierten und insbesondere von den Gegnern des Hitler-Systems, die wie Brandt emigriert waren, den Deutschen der Vorwurf gemacht worden, sie hätten Hitler gewählt, obwohl er schon in seinen Jugend- und ersten Mannesjahren (1926) in seinem Buch „Mein Kampf" unmißverständlich ausgesprochen hatte, was er dann fast ein Jahrzehnt später als Reichskanzler verwirklicht hat. Jedem Wähler ist daher aus der Verantwortung für unsere politische Zukunft aufgetragen, zur Kenntnis zu nehmen, was der derzeitige Bundeskanzler und erneuter Kanzlerkandidat in ähnlicher Weise in seinen Jugend- und Mannesjahren politisch vertreten hat. Dies ist umso wichtiger, als seine heutige Politik der Unterwerfung unter die sowjetische Westpolitik und sein Zusammenspiel mit den totalitären Staaten kommunistischer Prägung zeigen, daß er den einst vertretenen Grundsätzen nicht nur nicht abgeschworen hat, sondern sie heute, den neuen Verhältnissen angepaßt, endlich verwirklichen will. Es geht also nicht um Vergangenheitsbewältigung und politische Irrtümer, sondern um seinen nunmehr erneut proklamierten Weg zum „demokratischen Sozialismus", ein Wort, das dem kommunistischen Sprachschatz entstammt.

Bei Willy Brandt scheint die Kenntnis seiner früher offen vertretenen Anschauungen umso wichtiger, als er sich noch heute zu ihnen im Grundsatz bekennt. In seinem Buch „Friedenspolitik in Europa", 1968 erschienen, schreibt er: *„In meiner Arbeit als Außenminister konnte ich an das anknüpfen, was ich in den vergangenen Jahren gedacht und gesagt hatte — als junger Mann im skandinavischen Exil,*

als Regierender Bürgermeister von Berlin, als Vorsitzender der SPD."

Und noch am 9. Dezember 1971 sagte Brandt auf der Pressekonferenz zur Friedens-Nobelpreisverleihung in Oslo über seinen politischen Weg:

„Ich glaube, meine grundlegenden Überzeugungen haben sich nicht geändert."

Der deutsche Wähler muß daher diese Überzeugungen kennenlernen.

Als Willy Brandt 1933 Deutschland verließ, war er nicht etwa Mitglied der SPD, sondern hatte sich im bewußten Gegensatz zur SPD der linksradikalen Sozialistischen Arbeiterpartei, SAP, angeschlossen und war in Lübeck Leiter deren Jugendorganisation. Diese Partei stand den Kommunisten nahe und vertrat die Volksfrontidee. Ihr damaliger Chef Max Seydewitz wurde nach 1945 erster Rundfunkintendant des kommunistischen Senders in Ost-Berlin und später SED-Ministerpräsident von Sachsen. Engster Mitstreiter von Seydewitz war der kürzlich verstorbene Leo Bauer, bis zu seinem Tode vertrauter Mitarbeiter Willy Brandts im Bundeskanzleramt. Er stellte für ihn die Kontakte zu ausländischen kommunistischen Parteien her. Bauer war nach 1945 kommunistischer Landtagsabgeordneter in Hessen und anschließend Chefredakteur des kommunistischen Deutschlandsenders in Ost-Berlin. Wegen seiner angeblichen Rolle als Doppelagent Moskaus und der USA wurde er verhaftet, aber trotz Todesurteil durch die Kommunisten bereits wenige Jahre später in die Bundesrepublik entlassen und zum Ideologen der SPD in Bonn gemacht. In dieser sozialistisch-kommunistischen Atmosphäre wuchs Brandt auf.

In seinen Memoiren schildert er die „gefährliche Flucht" vor den NS-Schergen von Lübeck nach Oslo. Der Fischer Paul Stoß, der ihn über die Ostsee brachte, erklärte hingegen kürzlich in den „Lübecker Nachrichten" die gefahrlose und gemütliche Reise nach Norwegen als völlig harmlos. Er trat übrigens aus der SPD wegen des Verhaltens

Willy Brandts aus. Später gab Brandt selbst zu, daß er nicht mit Sicherheit wisse, ob seine Flucht damals notwendig war oder nicht. Das in Lübeck abgelegte Abitur, über das vom dortigen Gymnasium jede Auskunft verweigert wird [1]), diente Brandt jedoch offensichtlich nicht als Grundlage für ein Hochschulstudium, denn nach dem Abitur verließ er nach eigener Schilderung die Schule und trat 1931 in eine Lübecker Schiffsmaklerfirma ein. Zwei Jahre lang hat Brandt also einen Beruf ausgeübt und keinerlei Absicht bekundet, zu studieren. Trotzdem verlangte er am 2. Oktober 1965 als damaliger Regierender Bürgermeister von Berlin beim dortigen Entschädigungsamt unter der Registriernummer 333058 eine Entschädigung „wegen Schadens an der Ausbildung". Die Flucht aus Deutschland hätte ihn daran gehindert, zu studieren. Bereits nach 5 Tagen am 7. Oktober 1965 wurde Willy Brandt eine Entschädigung von 10 000 DM bewilligt und anschließend ausgezahlt.

In Oslo erklärte Brandt, er fühle sich nicht als Emigrant, sondern seine neue Heimat sei Norwegen. So erwarb er auch im Gegensatz zu den meisten anderen Emigranten die norwegische Staatsbürgerschaft und kehrte in offizieller Mission in der Uniform eines norwegischen Majors nach Deutschland zurück, um u. a. über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse in skandinavischen Zeitungen Berichte zu schreiben, die an Gehässigkeit gegen das ganze deutsche Volk kaum zu überbieten waren. In seinem Buch „Verbrecher und andere Deutsche" [2]) beklagte er, daß im westlichen Deutschland nicht wie in der Ostzone mehr als 90 % aller Beamten und Lehrer aus ihren Berufen entfernt würden und spendete den Russen Beifall, daß sie bei dieser „Reinigung" das „neue Sachsenhausen ganz gut ausgenutzt" hatten. Das NS-KZ Sachsenhausen war zum So-

---

[1]) AKTUELL 9/61, S. 32 ff.
[2]) Forbrytere og andre tyskere, Aschehoug-Verlag Oslo, 1946.

wjetischen KZ geworden. Dieser Diffamierung von 90 % des deutschen Volkes zu Verbrechern stand eine fast kritiklose Verherrlichung der Sowjetunion gegenüber.

Wie sehr Brandt sich als Norweger fühlte und jede innere Beziehung zu Deutschland verloren hat, ergibt sich z. B. aus einem „Rundschreiben an seine Freunde", das er am 1. November 1946 von Oslo aus versandte. Darin heißt es:

„Ich hatte bisher keine Veranlassung, um die Wiedererlangung der gegenwärtig ziemlich fiktiven deutschen Staatsbürgerschaft und damit um Entlassung aus dem norwegischen Staatsverband nachzusuchen."

Die Tätigkeit als norwegischer Besatzungsoffizier in dem Not-Klima Deutschlands nach 1945 war angenehmer und ertragreicher. Selbst in seinem Buch „Mein Weg nach Berlin", Kindler-Verlag, das 1960 erschien, bekannte Brandt, daß er im Gegensatz zu anderen Emigranten, welche die Rückkehr in ihre alte Heimat als „ein Gebot der Pflicht" ansahen, anderer Ansicht war:

„Mein Fall lag anders. Mein norwegischer Paß war für mich mehr als ein nützliches Reisedokument, meine norwegische Staatsbürgerschaft bedeutete mir mehr als eine Formalität. Aus ihr ergaben sich Verpflichtungen, die ich nicht einfach abschütteln konnte . . ."

Nun, auch seine letzte Frau Rut zeigte sich neben Brandt in Berlin in norwegischer Uniform und übte als angebliches Mitglied der norwegischen KP [3]) einen entsprechenden Einfluß auf ihren Mann aus.

Erst als man Willy Brandt eine hochdotierte Tätigkeit in West-Berlin anbot, verwandelte sich der norwegische Patriot in einen deutschen Politiker. Alle Welt war erstaunt.

In dem Buch „Deutschland und ich", das kürzlich in Warschau erschien, schreibt der langjährige Bonner Korre-

---

[3]) DER BAADER MEINHOF REPORT —
Aus den Akten des Bundeskriminalamtes, der „Sonderkommission Bonn und des Bundesamtes für Verfassungsschutz, v. Hase & Koehler Verlag Mainz, 1972, S. 104.

spondent des polnischen KP-Organs „Trybuna Luda" über Willy Brandt folgendes:

„Wenn mir damals jemand gesagt hätte, daß dieser Norweger 25 Jahre später sozialdemokratischer Kanzler eines Staates werden würde, der Bundesrepublik heißt, hätte ich dieses für einen Säuferwitz gehalten. Für uns war damals Brandt ein Norweger und gab sich auch als solcher."

Das Bekenntnis zum kommunistischen Gewaltsystem zieht sich durch fast alle Veröffentlichungen Willy Brandts — dessen richtiger Name Herbert Frahm ist —, seit er in Büchern und Zeitungsartikeln den Kampf für ein sozialistisches Europa aufnahm. Allein 20 Bücher sind in norwegischer Sprache, zum Teil noch bis 1953, von Willy Brandt erschienen. In allen Büchern bekennt er sich ausnahmslos als norwegischer Patriot und rechnet mit seinem Geburtsland Deutschland ab. Keines dieser Bücher ist bisher in deutscher Sprache erschienen. Lediglich in seinem Buch „Draußen . . .", das 1969 erschien, veröffentlicht Brandt eine gezielte und verharmlosende Auswahl von Zitaten aus diesen Büchern. Als besonders leidenschaftlicher norwegischer Patriot, der nach der deutschen Okkupation nach Schweden flüchtete, machte er sich zum Sprecher der norwegischen Partisanen und verherrlichte in dem Buch „Guerilla-Krieg" [4]) den gegen die Haager Landkriegsordnung verstoßenden Partisanenkampf gegen deutsche Soldaten, die dem Meuchelmord aus dem Hinterhalt zum Opfer fielen.

Folgendes schrieb der heutige deutsche Bundeskanzler als norwegischer Patriot gegen die deutschen Soldaten in Norwegen. Er weist darauf hin, daß sich auch ein undemokratisches Land *„keine Fairness im Kampfe gegen die Besatzungsmacht"* leisten kann und stellt fest: *„daß auch der technisch hochentwickelte Gegner selbst mit seiner Blitzkriegstaktik erfolgreich bekämpft werden kann und muß.*

---

[4]) Guerilla Krig, Bonniers, Stockholm, 1942.

Die Erfahrungen aus der Sowjetunion haben dies am besten bewiesen.“ [5])

Um keinen Zweifel zu lassen, wie seine norwegischen Partisanen-Freunde gegen deutsche Soldaten vorzugehen haben, zitiert er die diesbezüglichen Methoden der sowjetischen Partisanen nach einer Schweizer Veröffentlichung: [5]) *„Der Feind wütet in unseren Dörfern. Wenn wir ihn in Ruhe wüten lassen, bekommt er höchstens unsere Dorfbewohner auf den Hals; aber dort draußen, wo der Weg durch den Wald geht, da lauern wir auf ihn! ... Dort beschießen wir die Eskorte von guten Stellungen aus; dort stellen wir Verwirrung, Unsicherheit und Angst in seinen Reihen an. Aber bevor er sich erholt hat und erfaßt hat, was eigentlich geschehen ist, sind wir fort vom Weg, versteckt in unseren Wäldern und Schlupflöchern ... Je waghalsiger und verrückter ein Unternehmen ist, desto weiter dringt es in sein Etappenwesen ein, desto mutloser wird der Feind. Und dann kommen die Gerüchte von selbst ... hetzen die eigenen Landsleute auf, treffen den Feind tödlich, wo wir ihn erreichen, bis endlich die Führer der feindlichen Truppen den Kopf verlieren. Unsere Patrouillen können auch Wege zerstören, Fabriken in die Luft sprengen, Eisenbahnlinien vernichten und Telefonleitungen abschneiden ... Und schließlich das wichtigste Ziel unserer Patrouillen ... das Aufwecken der eigenen Bevölkerung! Diese soll auf die Straße gehen, ... sie soll mit hohnvollen Blicken den Feind messen und seine Armee bespucken. Unsere Bevölkerung soll Mutlosigkeit in den Herzen des Feindes sehen, sie muß passiven Widerstand leisten! Und schließlich soll das Feuer des Aufruhrs, entflammen, himmelhoch, um den Feind zu verzehren.“*

Dann zitiert Brandt die Radio-Ansprache Stalins vom 3. Juli 1941 mit der Aufforderung zur verbrannten Erde, dort, wo die Rote Armee zum Rückzug gezwungen wird,

[5]) Die Kandidaten, Humboldt-Verlag, München-Inning, S. 106 ff.

mit den Hinweisen für den danach einsetzenden rücksichtslosen Partisanenkrieg. Diesen Aufruf gegen die Deutsche Wehrmacht kommentiert Brandt:

„Bald zeigte es sich, daß eine zweite Front im Rücken der Deutschen entstanden ist und daß diese zweite Front, hervorgerufen durch die Partisanen, den Gegnern größte Verluste an Menschenleben und Material verursacht hat." [5])

Einen deutlichen Hinweis für seine damaligen norwegischen Landsleute gibt Brandt hinsichtlich der Beeinflussung der Zivilbevölkerung durch die Partisanen:

„Sie benützen die Zivilisten als Spione ... Wo Personen auftreten, die sich der Okkupationsmacht zur Verfügung stellen, ist es die Aufgabe der Partisanen, mit Ihnen abzurechnen. Die Verräter werden schonungslos ausgerottet ..." [5])

Brandt berichtet dann von den geheimen Organisationen, die in Norwegen und anderen okkupierten Ländern entstanden sind. Wörtlich:

„Die Okkupation ruft ein Erwachen von nationalen Leidenschaften hervor und eine Brutalisierung der Gemüter, die den Grund für den Übergang der großen Massen von der waffenlosen Opposition zum Aufruhr bilden könnten ... Die Not eines ganzen Volkes kann es zu einem Unternehmen zwingen, das vielleicht nicht ganz mit gewissen völkerrechtlichen Regeln übereinstimmt." [6])

Unbekümmert distanziert sich Brandt von der der Menschlichkeit in der Kriegsführung dienenden und alle zivilisierten Völker verpflichtenden Haager Landkriegsordnung:

„Die 35 Jahre alten Völkerrechtsregeln bieten keinen haltbaren Boden mehr für die Beurteilung der Kriegsführung unserer Tage." [6])

Daher entschuldigt Brandt auch den Mord an deutschen Soldaten durch die völkerrechtswidrigen Partisanen. Wörtlich auf Seite 243 seines Guerilla-Buches:

---

[6]) AKTUELL 7/61, S. 34.

„Der Mord an deutschen Soldaten und Gendarmen muß vom Hintergrund der deutschen Besatzungspolitik gesehen werden, die in Polen betrieben wird."

Diese kleinen Auszüge aus dem großen Leitfaden für norwegische Widerstandskämpfer gegen deutsche Soldaten hat Brandt nicht als Privatmann verfaßt, sondern als Leiter des norwegischen Pressebüros, der Zentralstelle für die Verteilung des gesamten internen und illegalen Materials der norwegischen Widerstandsbewegung, die von diesem Büro aus mitorganisiert wurde.

Galt Brandts publizistische Tätigkeit der rechtsstaatlichen Demokratie gegen das NS-System, kämpfte er für ein besseres demokratisches Deutschland, wenn auch in der verwandelten Gestalt eines norwegischen Patrioten?

Ganz im Gegenteil: Brandt verband sich mit jenem verbrecherischen System, das gemeinsam mit Hitler Polen überfallen hatte, in dessen Todeslager Millionen Menschen ausgerottet wurden und dessen Verbrechen, zumindest an Quantität die des NS-Systems noch weit übertrafen. Zwar nicht kämpfend, aber als geistiger Einpeitscher spielte Brandt schon kurz nach seiner Auswanderung nach Norwegen auf dem sozialistisch-kommunistischen Kampffeld Europas eine bedeutende Rolle. Mit gefälschten Pässen und unter vielerlei Namen reiste er konspirativ nach Paris, Berlin, in die Slowakei und schließlich für längere Zeit nach Spanien, um auf Seite der kommunistischen internationalen Brigade als Berichterstatter tätig zu werden. In Paris hielt er Anfang Juli 1937 vor dem Vorstand der linksextremistischen SAP unter dem Titel „Ein Jahr Krieg und Revolution in Spanien" ein Referat [7]) das ihn auch eindeutig als Kommunisten- und Sowjet-freundlichen Klassenkämpfer zeigt. Wörtlich:

„Die Russen wollen wirklich Franco schlagen und ohne die russische Waffenhilfe wäre es dort unten schon längst aus

---

Archiv des „Internationalen Instituts für Sozialgeschichte", Amsterdam.

gewesen ... Der Einsatz der Russen für die Vernichtung Francos war eine außerordentlich fortschrittliche Angelegenheit ... Um die revolutionären Errungenschaften zu retten, bedarf es im Rahmen breiter Aktionseinheit einer Sammlung der bewußt sozialistischen Kräfte aus dem sozialistischen, kommunistischen, anarchistischen und unabhängigen Lager in einem festen Schutz- und Trutzbündnis ..."

In dem gleichen Referat befaßt er sich auch mit der Ermordung unzähliger Priester durch die spanischen Kommunisten und der Vergewaltigung und Ermordung Hunderter von Nonnen. Wörtlich Brandt:

„Die Aufgaben der bürgerlichen Revolution sind zum großen Teil im ersten Ansturm gelöst worden. Ein reinigender Sturm hat die Kirchen und Klöster gesäubert. Die Macht der Kirche als eines sozialen und ökonomischen Faktors ist gebrochen. Die Granden, die Großgrundbesitzer sind verschwunden, ebenso ein guter Teil des korrupten reaktionären Bürokratengesindels. Mit Ihnen gingen so gut wie alle Großunternehmer und Bankherren. Wo sie sich nicht beeilten, hat man ein wenig nachgeholfen und mit dem Ansturm der bürgerlichen wurden die ersten Schritte der sozialistischen Revolution unternommen."

Der deutsche Wähler kann also ermessen, was ihm bei einem Gelingen der Juso-Revolution unter der Schirmherrschaft des „Friedenskanzlers" bevorsteht. Auch für die linkskatholischen Wählerinitiativen, die für Brandts Wahl durch die Lande ziehen, ergeben sich erfreuliche Aspekte bei der Säuberung der Kirchen und Klöster.

Eindeutig bekennt sich Brandt zu einer engen Kooperation mit den sowjetischen Kommunisten. Kurz nach seinem Pariser Referat schrieb er in der SAP-Zeitschrift „Neue Front", Paris 1936: [8])

„Seit dem Bestehen der Sowjetunion war es für alle Revolutionäre eindeutig klar, daß der Sowjetstaat sich mit allen

---

[8]) Deutschland-Magazin 1/72, S. 2.

Kräften verteidigen und dort, wo erforderlich, den revolutionären Krieg führen müsse. Für die Proletarier der kapitalistischen Welt ergab sich die unbedingte Pflicht zum Schutz des Sowjetstaates, im Kriegsfalle durch Lenkung ihres ganzen Kampfes gegen den Kriegsapparat der kapitalistischen Mächte."

Brandt schrieb dies bereits zwei Jahre vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und rief damit die Arbeiter der freien Welt, denn nicht nur das deutsche Reich gehörte ja nach Brandts Ideologie zu den „kapitalistischen Mächten", zur Sabotage und Zersetzung der eigenen Armeen auf. Daher Brandt weiter wörtlich in dem vorgenannten Aufsatz:

„*Die Arbeiterklasse hat die Aufgabe, an allen Fronten für die Veränderung des Kriegscharakters zu kämpfen, das heißt, den Krieg in einen revolutionären Krieg an der Seite der Sowjetunion zu verwandeln. Von dort her sind die besonderen Formen des Klassenkampfes, die gesamte soziale Durchackerung aufzurollen.*"

Heute nennt er dies Arm in Arm mit Genossen Breschnew, Kampf um den „demokratischen Sozialismus". Den revolutionären Krieg und Klassenkampf führen, von ihm gedeckt, an der Basis die Jusos.

Zu gleicher Zeit, als Stalin seine Gegner zu Hunderttausenden durch Genickschuß erledigen ließ und Millionen Antikommunisten in sibirischen KZs ausgerottet wurden, bekannte sich Brandt mit großer Leidenschaft zur kommunistischen Internationale. In einem Brief an die „Werten Genossen im KZ des kommunistischen Jugendverbandes Deutschland" [8]) schrieb er u. a.:

„*Als Schüler von Marx und Lenin wissen wir, daß es zum siegreichen Kampf der Arbeiterklasse einer zielbewußten und revolutionären Partei bedarf . . . Das Ziel dieser Arbeit ist es, in Deutschland eine wahrhaft kommunistische Partei und in der Welt eine wahrhaft kommunistische Internationale zu schaffen.*"

Diesem Ziel gab Brandt auch in der marxistischen „Tribüne" Nr. 5 vom Oktober 1936 [7]) Ausdruck:

„Wir stehen vor der Aufgabe, eine wahre kommunistische und proletarische Partei der Massen auf dem Boden der westlichen Arbeiterbewegung aufzubauen. Diese Partei muß eine kommunistische Massenpartei sein, d. h. eine Summe aller Erfahrungen der nationalen und internationalen Bewegung der Arbeiter. Sie soll das höchste Maß an Kampfkraft repräsentieren, einer Kampfkraft, die nur erreicht werden kann durch die Sammlung aller Kräfte, die im Proletariat liegen und durch das hohe Ziel, das uns vor Augen schwebt. Die SAP muß ihren Kampf um die proletarische Einheit mit ihrem Kampf um revolutionäre Reformen verbinden."

Diese politischen Ziele Brandts verändern sich auch nicht in den späteren Jahren und er bekennt sich zu ihnen auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg, als der sowjetische Imperialismus bereits halb Europa versklavt hatte, darunter 17 Millionen Deutsche in der Sowjetkolonie Ulbrichts.

Der einst mit Herbert Wehner als sowjetischer Spion in Schweden tätige Karl Mewis veröffentlichte 1971 im Ost-Berliner Dietz-Verlag ein Erinnerungsbuch „Im Auftrag der Partei". Dort ist u. a. über Willy Brandt zu lesen: *„Willy Brandt, der deutsche Norweger, suchte Kontakte mit mir ... In unserer Unterhaltung gab es weder über aktuelle politische Fragen noch über das Nachher größere Meinungsverschiedenheiten. Willy Brandt trat für die Ausrottung des Faschismus und Militarismus und für Entmachtung der Monopolherren ein. Während andere Sozialdemokraten gerade geharnischte Presseartikel gegen zukünftige Gebietsabtrennungen fabrizierten ... blieb Willy Brandt sachlich und meinte, die Grundfrage sei, welche innere Ordnung in Deutschland geschaffen wurde ... Erst 1946 sah ich Willy Brandt wieder. Damals befand sich die Landesleitung Berlin der SED schon in der Behrenstraße. Ich arbeitete dort als Sekretär für Agitation und Propaganda. Einige Wochen nach der Vereinigung erschien in meinem Büro ein norwegischer Offizier, der mich freudig begrüßte. Es war Willy Brandt. Begeistert sprach er von der Einheits-*

partei und erklärte, seine Hauptaufgabe sehe er darin, in West-Berlin für die Vereinigung zu wirken."

Nicht zu Unrecht mißtraute daher der deutsche Patriot Kurt Schumacher Willy Brandt, was offenbar auf Gegenseitigkeit beruhte, da Brandt in seinem Buch „Verbrecher und andere Deutsche" sich über den Antikommunismus der deutschen Sozialdemokraten 1946 beklagte. Wörtlich:

„Ich stelle beispielsweise fest, daß der sozialdemokratische Parteiführung in Hessen die russische Politik öffentlich angriff. Das war eine Kurzsichtigkeit . . . Schumachers Fähigkeiten sind über jeden Zweifel erhaben . . . Aber Geschmeidigkeit ist vielleicht nicht seine stärkste Seite. Seine außenpolitische Orientierung schien ziemlich einseitig zu sein. Seine Haltung in der Einigungsfrage „(zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der SED)" wirkte negativ." [9])

Nach 1960 schrieb Brandt in seinem Buch „Mein Weg nach Berlin" über Kurt Schumacher:

„Seine autoritäre Haltung, die an Fanatismus grenzende Unbedingtheit . . . seine Überbetonung nationaler Gesichtspunkte — nein, ich könnte nicht behaupten, daß ich mich mit Schumacher wesensverwandt fühlte . . ."

Der gleiche Brandt, offensichtlich „geschmeidiger" als Kurt Schumacher, stellte sich zum 20. Todestag Schumachers 1972 zu einer pompösen Gedenkrede hin und sprach:

„Für Kurt Schumacher gab es eine eindeutige Rangordnung der Werte. Er war leidenschaftlicher Patriot . . ."

Nach Brandt waren die kommunistischen Landräuber und Sklavenhalter der Ostblockländer absolut demokratisch. Wörtlich in dem Buch „Verbrecher und andere Deutsche":

„Diese Partei nahm im Gegensatz zu früher eine positive Haltung zur Demokratie und zum Parlamentarismus ein . . . Die Kommunisten traten, wie gesagt, mit einem

---

Wer ist Willy Brandt? — Eine Antwort in Selbstzeugnissen von Peter [illegible], National-Verlag Hannover, S. 48/49.

demokratischen Programm hervor ... Auf dem wirtschaftlichen Gebiet waren die Vorschläge der Kommunisten nicht weitgehend. Sie waren im allgemeinen praktisch. Wo es um die Arbeitsprogramme ging, fand sich in Wirklichkeit kein größerer Unterschied zwischen den beiden Arbeiterparteien (KPD und SPD) ... Häufig ließen sich die Vertreter der beiden Parteien in Gewerkschaften, Kommunen und Länderverwaltungen in eine intime Zusammenarbeit ein. Die Kommunisten waren bereit, ihren Teil an der Verantwortung zu tragen. Ihre Vertreter waren nicht immer maßvoll, doch das waren die anderen auch nicht.“ [9])

Programm und Zielrichtung der Politik Brandts liegen hier auch für heute bereits klar vorgezeichnet, und es verwundert nicht, daß Brandt beharrlich die Genehmigung verweigert, diese und andere Bücher ins Deutsche übersetzen zu lassen. Der deutsche Wähler soll nicht wissen, was er plant.

Selbst der sowjetische Imperialismus und die Versklavung der Völker durch die Sowjetunion finden bei Brandt eine immer wieder nachdrückliche Verteidigung. Was er bei Hitler verurteilt, ist bei Stalin in Ordnung.

Ende 1945 erschien in Stockholm, ausnahmsweise in deutscher Sprache, seine Schrift „Der Zweite Weltkrieg“ [10]). Wir finden darin bereits das ganze Vokabular vom „Völkerfrieden“ und von der „friedlichen Koexistenz“, mit der er heute seine Ostpolitik verkauft und darüber hinaus jene Rechtfertigung der sowjetischen Überfälle auf Polen, Finnland, das Baltikum und Bessarabien und die Eroberung der Ostblockländer durch kommunistische Emissäre, die er heute durch die Ostverträge als deutscher Kanzler anerkannt hat. Während er noch am 22. Januar 1940 in einem Aufsatz „Dem Ende der ersten Kriegsphase entgegen“ in Umkehr seiner bisherigen Verherrlichung der Sowjetunion nach Stalins Pakt mit Hitler und deren gemeinsamen Einmarsch in Polen schrieb, *„Durch diese Politik ist die Sowjetunion ein Bundesgenosse des Nazismus geworden“* und habe sich *„darüber hinaus selbst der Methoden des Nazis-*

mus bedient, indem sie zum Angriff auf ein friedliches demokratisches Nachbarland überging", erläutert er nun diesen Überfall auf Polen 5 Jahre später nach dem Sieg Stalins über Hitler wie folgt, wobei aus dem „friedlichen demokratischen Nachbarland" plötzlich das Gegenteil wird:

„Die Miltärdiktatur, die während des größten Teils der Zwischenkriegsperiode in Polen herrschte, hatte der Sowjetunion gegenüber feindselige Politik betrieben und selbst in der Stunde der größten nationalen Gefahr eine gemeinsame Verteidigung gegenüber Deutschland abgelehnt. Nun sichert sich die Sowjetunion auf eigene Art." [10])

Diese Doppelzüngigkeit, schon immer und bis heute das Merkmal der politischen Bekenntnisse Willy Brandts, nimmt sich gegenüber den anderen Unarten sowjetischer Eroberungs- und Gewaltpolitik wie folgt aus. Brandt in dem gleichen Buch über die Vergewaltigung der baltischen Länder:

„Die Sowjetunion veranlaßte die Regierungen der baltischen Länder, Beistandspakte zu unterzeichnen, durch welche der russischen Streitmacht die Errichtung von Stützpunkten ermöglicht wurde. Die Pakte waren auch eine Garantie dagegen, daß die kleinen Länder, die aus eigener Kraft nicht imstande waren, ihre Neutralität zu verteidigen, in feindliche Aufmarschgebiete verwandelt würden. Nach der Niederlage Frankreichs im Sommer 1940, als die deutsche Gefahr ungeheuer gewachsen war, komplettierte die Sowjetunion ihre baltische Politik, indem sie die Bildung neuer Regierungen in den drei Ländern forderte. Die daraufhin durchgeführten Wahlen resultierten im Anschluß des Baltikums an die Sowjetunion." [10])

Schamloser kann man die Vergewaltigung und den Völkermord im Baltikum, dazu im damals noch tiefsten Frieden, kaum zu Gunsten des Aggressors verfälschen.

[10]) Der zweite Weltkrieg — ein kurzer Überblick, herausgegeben vom Komitee für demokratischen Wiederaufbau (SDU), Stockholm, Ende 1945, zitiert: Deutschland-Magazin, 1/72.

Ähnlich verteidigt Brandt den Überfall auf das rumänische Bessarabien:

„Im Sommer 1940 wurde von russischer Seite noch eine weitere territoriale Sicherheitsmaßnahme getroffen ... Rumänien wurde veranlaßt, Bessarabien und die nördliche Bukowina abzutreten. Dadurch gewann die Sowjetunion die Kontrolle über einen Teil der Donau-Mündung und verstärkte ihre Machtstellung auf dem Balkan.“ [10])

Ähnliche Abkommen Hitlers zum Ausbau von „Machtstellungen“ und als „territoriale Sicherheitsmaßnahmen“, einschließlich der Besetzung Norwegens, hat Brandt zuvor in mehr als einem Dutzend von Büchern als die größten Verbrechen aller Zeiten angeprangert. Doch was die Sowjetunion tut, ist immer gut.

Den Angriff Rußlands auf Finnland 1939 entschuldigt Brandt in dem gleichen Buch mit der sowjetischen „Befürchtung, daß dieses Land zum feindlichen Aufmarschgebiet werden könnte.“

Da Finnland vor allem das sowjetische Verlangen, einen Flottenstützpunkt an der finnischen Südküste zu verpachten ablehnte, marschierte die Rote Armee in Finnland ein. Brandt schildert das als durchaus legitim und wirft den Finnen noch vor, daß sie „zu einer maßlosen Unterschätzung der russischen Streitmacht bereit waren.“ Tröstlich fügt Brandt hinzu „Immerhin überlebte Finnland den Krieg als selbständiger Staat.“ Daß sich die Finnen, wie die Norweger von den Deutschen, von den Sowjets befreien wollten, ist für Brandt durchaus verwerflich. Er wirft den Finnen vor, daß sie zu deutschfreundlich und zu sowjetfeindlich waren. Wörtlich:

„Nach dem Winterkrieg bekamen jene Kräfte die Oberhand, die auf eine Revanche gegen Rußland Sicht nahmen. Sie vereinbarten hinter dem Rücken des Volkes die Teilnahme Finnlands am deutschen Krieg gegen die Sowjetunion. Amerikanische und schwedische Schlichtungsversuche wurden abgelehnt und die an sich schwachen Kräfte

der ‚Friedensopposition' konnten sich erst im Herbst 1944 durchsetzen." [10])

Man sieht, schon damals war — mit Ausnahme des norwegischen Volkes, das Brandt sogar zum Partisanenkrieg gegen deutsche Soldaten aufhetzte — ein freiheitsliebendes Volk wie die Finnen, das sich gegen die sowjetische Aggression und Raub eines Teiles seines Landes auflehnte „revanchistisch" und „gefährdet den Frieden". Auch hier ist schon die heutige Politik des Bundeskanzlers gegenüber der Freiheitsliebe der Deutschen jenseits der Mauer und der mit ihnen versklavten Ost- und Balkanvölker vorprogrammiert. In dem gleichen Buch feiert Brandt die kommunistische Machtergreifung in den osteuropäischen Ländern. Befreit stellt er fest, daß in Bulgarien „eine Volksfront die Macht übernahm, in der die kommunistische Partei maßgeblichen Einfluß hatte". Die Radikalisierung in Frankreich, in Italien, in Belgien, Holland, Norwegen und Dänemark mit einer „Vereinigung der Kräfte der sozialistischen und kommunistischen Parteien" ist für ihn ebenso erfreulich, wie eine ähnliche Entwicklung in Finnland. Die Versklavung Osteuropas nimmt sich in der Sicht Willy Brandts wie folgt aus:

In Osteuropa vollzieht sich der Neuaufbau in stärkerer Anlehnung an die in der Sowjetunion geschaffenen gesellschaftlichen Formen. Wesentlich für die Zukunft ist der entscheidende Bruch mit den halb- und ganzfaschistischen Regimen der Vorkriegszeit, die Einleitung eines Demokratisierungsprozesses, dessen Schwerpunkt auf sozialem Gebiet liegt." [10])

Die kommunistische Machtübernahme in Polen, der Tschechoslowakei, in Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien quittiert Brandt mit der Feststellung, daß sich die heutigen Regierungen „auf die mächtig entwickelten Bewegungen der Arbeiter und Kleinbauern stützen."

Den kommunistischen Umsturzversuch in Griechenland grüßt er mit der Hoffnung, daß „sich trotz anfänglicher Mißerfolge gleichfalls die radikalen Kräfte durchsetzen."

Er beklagt, daß Deutschland „zunächst wie ein politisches Vakuum zwischen dem Westen und dem Osten liegt" und beschwört die Hoffnung, daß sich auch dort bald ein „ernster Demokratisierungsprozeß vollzieht".

Noch offener hat Brandt seine politische Zielsetzung zur Errichtung von kommunistisch gelenkten Volksdemokratien in seinem 1944 in Stockholm erschienenen „Elfter Segern" [11]) proklamiert:

„Der demokratische Aufstand nach dem Nazismus wird nicht unblutig sein. Aber ohne Blutvergießen läßt es sich auch nicht in Ländern, die die Okkupationszeit durchgemacht haben, machen. Die Forderungen des Volkes müssen garantiert sein. In Frankreich ist es auch ganz klar, daß die Abrechnung mit den Verrätern aus den früher priviligierten Klassen folgen wird. In Ungarn muß man die Macht der Gutsbesitzer brechen, wenn man eine Volksdemokratie gründen will." [12])

Die schauerlichen Verbrechen in Ungarn, der Tschechoslowakei und in Polen, die nicht nur bei der Ermordung und Vertreibung der Deutschen, sondern auch gegen alle Antikommunisten und freiheitsliebenden Demokraten dieser Länder begangen wurden, werden einschließlich der Blutbäder von Willy Brandt also schon vorweg gerechtfertigt.

Da nicht alles nach Brandts Wunsch verlief, und er schließlich eine politische Rolle in Berlin und West-Deutschland spielen wollte, zog er seine norwegische Uniform aus, beließ auch seine publizistischen Bekenntnisse zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten in Norwegen und begann in der Bundesrepublik ganz unerwartet und mit großem Erfolg bei dem ahnungslosen deutschen Wähler sich als Vorkämpfer gegen den Kommunismus und als deutscher Patriot aufzuspielen. Zehn Jahre lang sind seine

[11]) Elfteer Segern, Diskussion om Krig — och vrätsmalen, Bonniers-Verlag, Stockholm, 1944.
[12]) wie [5]), S. 145.

Äußerungen nachfolgender Art Legion und könnten mehrere Bücher füllen. Sie wurden geschrieben und gesprochen, bis ihm der düpierte Wähler 1969 die Möglichkeit gab, Kanzler zu werden. Am Tag danach tat er genau das Gegenteil von dem, was er 10 Jahre lang versprochen hatte. Es genügt, Äußerungen Brandts von damals und nach 1969 gegenüberzustellen.

Vor 1969:	Nach 1969:
„Die Bundesrepublik kann und darf ein Teildiktat nicht anerkennen, ohne die Verfassung zu brechen. Wir sind uns darüber mit unseren Verbündeten einig, die ebenfalls die Wiedervereinigung zum Ziele ihrer Politik gemacht haben." (Vor dem Bundestag am 18. [illegible] 1961)	*„Ich muß gestehen, daß ich aufgehört habe, über Wiedervereinigung zu sprechen."* (Interview in „US News and World Report", Dezember 1969)
„Von uns die Zustimmung zur deutschen Teilung zu verlangen, ist die Erwartung, daß wir uns ehrlos machen. Wer dazu seine Hand reicht, gehört nicht zu uns." (In Berlin am 17. Juni 1961)	*„Wir haben die Einheit verloren — und es gibt bestimmt keinen Weg zurück."* (Im Fernsehen vor der Abreise nach Erfurt am 18. März 1970)
„Und eine Provokation ist es, uns für dumm verkaufen zu wollen. Seine Teilung als Volk besiegeln, die Wiedervereinigung aufgeben und West-Berlin zur vogelfreien Stadt machen zu lassen, dazu kann sich und da-	*„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, in diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war. Wir haben den Mut, ein neues Blatt in der Geschichte aufzuschlagen."* (In Brandts Fernsehan-

zu wird sich niemand hergeben, der ein freiheitsliebender Deutscher sein will. Wir werden uns nicht selbst ins Gesicht schlagen und die Menschen abschreiben, die das Pech hatten, am Ende des Krieges in Chemnitz, Dresden, Magdeburg oder Leipzig zu wohnen. Dazu wird mich und dazu wird uns keine Macht bewegen können.“
(In Berlin am 17. Juni 1961)

sprache aus Moskau vom 12. August 1970)

„Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg: das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten! Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern — niemals darf hinter dem Rükken der aus ihrer Heimat vertriebenen oder geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden . . .
Der Wiedervereinigung gilt unsere ganze Leidenschaft.“
(Zum Schlesier-Treffen Juni 1963)

„Aus der Logik unserer Politik folgerte, daß die Unantastbarkeit der Grenzen auch für das Verhältnis zum Osten und auch für die beiden Staaten in Deutschland gelten mußte, die ihre Zuordnung zu den beiden Bündnissystemen gefunden haben.“
(Bei der Verleihung des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 1971 in Oslo.)

„Wir sind bereit, Opfer zu bringen, aber wir sind nicht bereit, 16 Millionen Menschen zu opfern. Das ist ein Grundsatz der Moral.“
(Bei Entgegennahme des Freiheitspreises am 6. Oktober 1961)

„Niemand wird uns dazu bringen können, die Mauer anzuerkennen oder gar zu garantieren. Die Mauer ist keine Grenze, sondern eine Schande; wer sich mit ihr abfindet, lädt Schande auf sich . . .“
(Am 1. Mai 1962)

(Im Moskauer Unterwerfungsvertrag unterschrieb Willy Brandt die Mauer-Grenze als „unverletzliche Staatsgrenze“ und anerkannte, daß „die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet.“)

„Die Sowjetunion hat ihrem Wettenhund Ulbricht ein Stück Leine gelassen. Sie hat ihm gestattet, internationales Recht zu brechen. Die Mörder, die in Stellung gebracht wurden, um die Massenflucht aus der Zone zu stoppen, haben unter ihren Augen den gültigen Viermächtestatus Gesamtberlins umnahlen. Ein Regime des Unrechts hat ein neues Unrecht begangen, das größer ist als alles zuvor. Ich halte es in dieser Situation für notwendig, daß vor dem

Auf dem Dortmunder Parteitag im Oktober 1972 zur Bundestagswahl erklärte Willy Brandt unter dem stürmischen Beifall der SPD-Delegierten mehrfach lobend, daß die Regierung der DDR ihren Beitrag zum Normalisierungsprozeß geleistet habe. Wörtlich Brandt:
„In dieser Bundesrepublik wurde selten ein gutes Wort über die DDR verloren. Guter Wille drüben werde gutem Willen hier begegnen.“

Weltforum der Vereinten Nationen Anklage erhoben wird gegen die Urheber der Unmenschlichkeit, die sich auf dem Boden Berlins und auf dem Boden des Ulbricht-Staates vollzieht ... Was sich am 13. August ereignet hat, ist ein Anschlag auf die Moral des deutschen Volkes."
(Am 16. August 1961)

(Am Tag zuvor war bekannt geworden, daß die DDR nunmehr automatische Tötungsanlagen entlang der Mauer eingerichtet hatte, um lückenlos alle Flüchtlinge ermorden zu können.)

*

(Im Rahmen der Moskau-Verhandlungen hat Willy Brandt den Sowjets zugesichert, für die Aufnahme der DDR in die UNO einzutreten.)

„Ich klage das Regime in Ost-Berlin an: der Schießbefehl ist ein Bruch der Haager Landkriegsordnung. Sie verbietet die Tötung von Wehrlosen und Verwundeten, sogar im Kriege, sogar zwischen verschiedenen Völkern. Wer diese Regeln bricht, gehört vor ein internationales Gericht."
(Am 17. Juni 1962)

„Es gibt weder Entspannung noch gesicherten Frieden in Europa, wenn wir nicht ausgehen von der Lage, wie sie ist. Wie sie nun schon seit 25 Jahren ist ..."
(In einer Fernsehansprache am 20. November 1970)

„Aus Feigheit und Bequemlichkeit Unrecht schweigend hinzunehmen, das ist eine Haltung, die es während der Nazizeit gegeben hat."
(In einer Presseerklärung zu einem neuen Mauermord am 24. August 1962)

„Unsere Kinder werden uns nicht daran messen, wieviel juristischen Scharfsinn wir auf die Verteidigung der von Hitler zerstörten Grenzen, sondern wieviel Energie wir an die Organisation des Friedens für die 70er

„Aber richtig bleibt: man kann nicht mit den Kommunisten paktieren."
(Am 18. März 1964)

„Aber mit einer Gewaltherrschaft hat unsere traditionsreiche Partei niemals paktiert und wird sie niemals paktieren."
(Am 7. Mai 1965)

und 80er Jahre verwendet haben."
(Vor der Akademie Tutzing am 13. Juli 1971)

Wie Willy Brandts Tätigkeit in Norwegen und Schweden und in der ersten Nachkriegszeit in Deutschland von ausländischen Nachrichtendiensten eingeschätzt wurde, enthüllt eine sensationelle Veröffentlichung der größten sozialdemokratischen Zeitung Schwedens „Aftonbladet" vom 14. 12. 1966 [8]). Die Zeitung stellte fest, daß zu den Personen, über die die schwedische Staatspolizei Akten über deren Zusammenarbeit mit den Kommunisten oder der Spionage für die Ostblockstaaten führte, auch Willy Brandt gehört. Die Zeitung veröffentlicht ein Bild Brandts mit folgendem Text:

Heute ist der westdeutsche sozialdemokratische Führer Willy Brandt westdeutscher Außenminister. Es muß für die Sicherheitspolizei so etwas wie ein Schock gewesen sein. In ihren Geheimlisten befindet sich nämlich ein umfangreiches Material über Willy Brandt. Er gilt als der Ostspionage erheblich verdächtig. Viele der Dokumente über Brandt, der unter seinem ursprünglichen Namen Karl Frahm geführt wird, stammen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges, als die schwedische Sicherheitspolizei mit der deutschen Gestapo Unterlagen austauschte. Aber das bemerkenswerte ist, daß die schwedische Sicherheitspolizei auch nach dem Kriege bis zum heutigen Tage weiterhin Material über Willy Brandt gesammelt hat — unter der Nachforschungsrubrik ‚Ostblockspionage'."

Wer ist Herbert Wehner?

Herbert Wehner

Als stellvertretender Vorsitzender der SPD und Fraktionsführer im Bundestag ist Herbert Wehner der eigentliche Einpeitscher der Regierung Brandt und lenkt Partei und Staat aus dem Hintergrund mit der ganzen Raffinesse und Skrupellosigkeit des erfahrenen Parteifunktionärs.

Sein selbstverfaßter Lebenslauf im Bundestagshandbuch der 6. Legislaturperiode lautet:

„Herbert Wehner, Redakteur, geboren am 11. Juli 1906 in Dresden; evangelisch-lutherisch; verheiratet. Seminarvorschule, Realschule; Abschlußprüfung 1924. Ausbildung als Industriekaufmann. Volkswirtschaftliche und betriebswissenschaftliche Studien. Kaufmännische Tätigkeit. Seit 1925 zunächst nebenberuflich, dann hauptberuflich Journalist. Vor 1933 Verfasser und Herausgeber von Publikationen auf dem Gebiete des Betriebsräterechts und der gewerkschaftlichen Praxis. Seit 1923 politisch tätig. 1924 Gewerkschaftsmitglied. 1930 bis 1931 Mitglied des Sächsischen Landtages. 1933 an zentraler Stelle in der Widerstandsbewegung tätig, politisch verfolgt. 1935 Emigration. Wegen fortgesetzter Verbindung zur Widerstandsbewegung in Deutschland während des Krieges im Ausland wiederholt in Haft genommen und interniert. 1944 bis 1946 zunächst Viskosearbeiter, dann Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in Schweden. 1946 Redakteur in Hamburg. Stellvertretender Vorsitzender der SPD. — Mitglied des Bundestages seit 1949, Vorsitzender der Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen bis Dezember 1966. Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bis 1957. 1950 deutscher Berater in Kriegsgefangenenfragen bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen, 1952 Mitglied der deutschen Delegation bei den Tagungen der Kriegsgefangenenkommission der Vereinten Nationen. 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen."

Es gibt kaum einen „Lebenslauf“ eines deutschen Politikers, der in so unglaublicher Weise die Tatbestände verfälscht oder verschleiert. Schon die Behauptungen über die Jugendzeit und die Ausbildung sind unwahr. Seinem eigenen „Lebenslauf“ stehen in groben Zügen folgende Tatsachen gegenüber:
1921 Beendigung der Volksschule, 1924 Beendigung eines dreijährigen Lehrganges für den Verwaltungsdienst, 1924/1926 Lehrling in einer Motorenfabrik; 1926 Angestellter in einem Berliner Anzeigenbüro; 1927 kaufmännischer Angestellter bei Zeiss-Ikon in Dresden, wo er nach wenigen Monaten wegen kommunistischer Agitation fristlos entlassen wurde.

Seine angebliche politische Tätigkeit im Dienste der „Widerstandsbewegung“, der Gewerkschaften und der SPD nahm in Wirklichkeit folgenden Verlauf: 1923 Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend, der Jugendorganisation der SPD, 1925 Beitritt zur „Syndikalistischen Arbeiterföderation“ mit Mitarbeit an der Zeitschrift „Revolutionäre Tat“, ab 1926 Mitarbeit bei der Zeitschrift „Fanal“, Publikationsorgan des Anarchisten Erich Mühsam. Eintritt in die Organisation der KPD „Rote Hilfe“; 1927 Austritt aus der Jugendorganisation der SPD und Eintritt in die KPD; ab 1928 Sekretär der ostsächsischen KPD; 1930 Landtagsabgeordneter der KPD im sächsischen Landtag; 1931 stellvertr. Vorsitzender der kommunistischen Landtagsfraktion; von 1929—1931 war Wehners Tätigkeit in den Gewerkschaften auf deren kommunistische Unterwanderung und die Herausgabe kommunistischer Gewerkschaftszeitungen gerichtet; 1931 wurde er in das Zentral-Komitee der KPD in Berlin berufen und wurde anschließend persönlicher Sekretär des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann. Außerdem wurde er Redakteur der Funktionärszeitschrift „Der Parteiarbeiter“ und organisierte die Wahlkampagnen der KPD.

1933, nach dem Verbot der KPD und Thälmanns Verhaftung, organisierte Wehner illegal nicht etwa den demo-

kratischen Widerstand, wie er heute behauptet, sondern ein Agenten-, Sabotage- und Nachrichtennetz für die illegale Fortführung der KPD in Deutschland, Dänemark, Belgien, Holland, Frankreich, der Tschechoslowakei und im Saargebiet. 1934 machte er den Versuch, im Saargebiet eine Volksfront zu installieren und propagierte die Abtrennung des Saarlandes vom Reich. 1935 wurde Wehner in Prag verhaftet und nach der Sowjetunion freigelassen, wo er Referent des Komintern-Chefs Dimitroff wurde und eine eingehende Schulung als sowjetischer Agent und Agitator empfing. 1941 wurde er von Moskau nach Stockholm entsandt, um ein Agentennetz aufzubauen und Spionage für die Sowjetunion zu betreiben. Am 18. Februar 1942 wurde er in der Wohnung seiner Geliebten von der schwedischen Polizei verhaftet und schließlich am 12. November 1942 rechtskräftig wegen Spionage zu Gunsten der Sowjetunion zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. In der Haft verriet er der schwedischen Staatspolizei zahlreiche seiner Agenten und KPD-Genossen freiwillig. Insgesamt saß er wegen seiner Spionagetätigkeit 2 Jahre und 5 Monate in schwedischer Haft. Danach mußte er als Hilfsarbeiter in einer Viskose-Fabrik arbeiten und wurde „Wegen Nichtdurchführung von Parteibeschlüssen, wegen erwiesenen Denunziantentums, wegen fahrlässigen und parteischädigenden Verhaltens" aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Bis 1945 versuchte er, wieder in die KPD aufgenommen zu werden, was ihm mißlang. Mit Hilfe des englischen Geheimdienstes, in dessen Dienste Wehner trat, gelang es ihm, 1946 nach Deutschland zurückzukehren.

Das Verhältnis Herbert Wehners zum freiheitlichen Rechtsstaat und zur Demokratie wird aus einem Artikel Wehners sichtbar, den er in dem Anarchistenblatt „Revolutionäre Tat" im Mai 1926 veröffentlicht hat. Der Artikel ist bezeichnenderweise eingerahmt mit Zeichnungen von Bomben, Gewehren, Pistolen und blutigen Henkersbeilen und mutet uns heute an wie ein intellektueller Beitrag zur Rechtfertigung der Baader-Meinhof-Bande. Herbert Weh-

ner beschimpft darin die Sozialdemokratie und insbesondere ihre damaligen Führer Scheidemann, Ebert und Noske und bezichtigt sie, ihre Positionen im Staat übernommen zu haben, um „möglichst hohe und sichere Einkommen zu beziehen."

Bemerkenswert auch die wahre Gesinnung Wehners gegenüber dem deutschen Arbeiter, der nicht zur blutigen Revolution bereit ist:

„Die deutschen Arbeiter sind bestimmt spießbürgerlicher als die von ihnen oft geschmähten Bürger. Wer ist gesetzliebender und duckmäuserischer als ein deutscher Proletarier?"

Wehner feiert dann den kommunistischen Bandenführer Max Hölz und die Münchner Räterevolution und sagt dann ganz im Stil der heutigen Baader-Meinhof-Sympathisanten und ihres intellektuellen Anführers Horst Mahler:

„Die deutsche Republik hat ein fein ausgeklügeltes System der Rechtssprechung, mit dessen Hilfe es möglich ist, jeden, der rebelliert, als ‚kriminellen Verbrecher' hinzustellen. Das ist für uns Anarchisten eine Schande, denn wir bekennen, Verbrecher zu sein gegenüber der heutigen ‚Ordnung'."

Sein Verhältnis zum Staat und zur Demokratie drückt Wehner so aus:

„Die erste Notwendigkeit ist die Zerstörung des Staates. Die Mittel hierzu bestehen nicht in der ‚Eroberung der politischen Macht' im bestehenden Staate. Dadurch setzt sich die Kette der Unfreiheit nur weiter fort. Die Arbeiter haben sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, die Betriebe zu übernehmen und mit bewaffneter Hand zu verteidigen. Der bewaffnete Aufstand ist unumgänglich notwendig, um ein Ende zu machen mit dem Bestehenden ... Alle Kräfte gilt es zu sammeln zum Kampfe gegen die Republik und den Staat überhaupt, gegen das Parlament und alle anderen Institutionen, die Machtinstrumente sind in den Händen der Kapitalisten."

Wer sich den Wahlkampf von heute, die Sprache der Jusos, und der linksextremistischen Mitstreiter der SPD

ansieht, kann unschwer erkennen, wie sehr sich die Worte und Bilder von damals und heute gleichen.

Wehners Tätigkeit für Moskau und die europäischen Kommunisten, sowie seine landesverräterische Tätigkeit gegen Deutschland als Agent der Sowjetunion läßt sich über Jahrzehnte hinweg in eindeutigen Äußerungen verfolgen. So wie er heute durch Verbalinjurieren und kaum wiederzugebende Beschimpfungen politische Gegner und Antikommunisten niederbrüllt, hat Wehner als führender Kommunist in durchaus ähnlicher Weise seine politischen Aufgaben auf Befehl Moskaus erfüllt. Als kommunistischer Abgeordneter im sächsischen Landtag sagte er zum Beispiel laut Landtagsprotokoll am 7. Oktober 1930: *„Sowjetrußland ist das einzige Land, in dem wir keine Krisen haben, weil die Arbeiter und Bauern herrschen; das ist das einzige Land, ein Sechstel der Erde, wo die rote Fahne mit Hammer und Sichel weht. Wir werden dafür sorgen, daß bei uns reiner Tisch gemacht wird mit der Bourgeoisie und ihren Helfershelfern, wie es in Sowjetrußland der Fall gewesen ist; und das Geschrei der Bürgerlichen in Deutschland, unterstützt durch die sozialdemokratische Presse, das Geschrei, das ausbricht, wenn die Herrschaft der arbeitenden Massen in Rußland Schluß macht mit den Saboteuren der Wirtschaft, mit den offenen Feinden des Aufbaus, beweist die schlotternde Todesangst dieser bankrotten bürgerlichen Gesellschaft."*

Ganz offen kündigt Wehner also hier den Massenmord, mit dem man in der Sowjetunion „reinen Tisch gemacht hat", auch bei der Machtergreifung der Kommunisten in Deutschland an.

Am 27. Januar 1931 sagte er ebenfalls im sächsischen Landtag, ganz im Stil der heutigen Jungsozialisten: *„Wir rufen die Arbeiter auf zum außerparlamentarischen Kampf. Heute ist hier offenkundig der kulissenhafte Charakter dieses Parlaments erwiesen worden, aus den eigenen Worten der sogenannten Vorkämpfer dieses bürgerlichen Parlamentarismus."*

In Frankreich inszenierte Wehner später mit Rücksicht auf das Bündnis zwischen Stalin und Hitler eine systematische Hetze gegen die französische Armee und den „imperialistischen Krieg" der Alliierten gegen Hitler. Wehners Bemühungen um eine Volksfront finden u. a. ihren Niederschlag in Heft 7/1939 der Zeitschrift „Die komunistische Internationale", in der er kritiklos Stalin und die Sowjetunion verherrlicht und die Sozialdemokratie beschimpft.

Er spricht vom „lebendigen Geist und der sieghaften Kraft Lenins und Stalins", bezeichnet die „sozialdemokratischen Verfälscher als Helfershelfer des Faschismus" und erfüllt damit auch in Paris die Aufträge Moskaus.

In Moskau schlägt er sich in den dortigen Machtkämpfen auf die Seite Ulbrichts und Piecks und genießt im Gegensatz zu zahlreichen von Stalin ermordeten oder an die Gestapo ausgelieferten emigrierten Kommunisten das höchste Vertrauen der stalinistischen Massenmörder. Seine Entsendung nach Stockholm zur Spionage und zum Aufbau kommunistischer Agentennetze in Deutschland, wobei er gleichzeitig seine kommunistischen Genossen in Schweden überwachen sollte, führte zu Exzessen gegen sein eigenes Vaterland, die kaum noch zu überbieten sind. So verfaßte er z. B. zur illegalen Verteilung in Deutschland ein „Flugblatt über das Ruhrgebiet", das dem schwedischen Gericht vorlag und mit zur Verurteilung Wehners beitrug. In diesem Flugblatt, das ganz offen deutsche Soldaten zur Ermordung ihrer Offiziere aufforderte, erklärte Wehner u. a.: *„Volk in Westfalen und im Rheinland! Arbeiter! Alle Zeit hast Du feierlich gelobt, niemals gegen die Sowjetunion zu kämpfen! Halte Dein Wort. Leiste deshalb die schlechteste Qualitätsarbeit in der Welt und arbeite langsamer. Arbeiter! Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm dies will! Sorge mit allen Sabotagemitteln und Streiken dafür, daß Hitlers Produktion darniederliegen wird. Zerstöre die Maschinen und Webstühle. Arbeiter in den Rüstungsindustrien: jeder Blindgänger ist ein Schlag gegen Hitler und eine Hilfe für die Rote Armee. Lauft über! Macht nicht*

viel Aufhebens mit den reaktionären und faschistischen Offizieren. Kehrt die Waffen. Desertiert und bildet Guerillagruppen mit Arbeitern der Sowjetunion und Bauern. Terrorisiert die deutsche Kriegsmacht, wo ihr dies nur könnt. Macht Schluß mit dem sinnlosen Krieg gegen die Sowjetunion."

Nach Wehners Verhaftung durch die schwedische Polizei gab er — die Gerichtsakten sind inzwischen in Schweden freigegeben worden — in einem 60 Seiten starken Protokoll den größten Teil seiner Mitarbeiter und Agenten preis. Wehner fand wegen dieses Verhaltens die Verachtung führender Schweden. Auf Veranlassung der kommunistischen Partei wurde zuerst der sozialdemokratische Abgeordnete im schwedischen Reichtsag, Sohn des schwedischen Außenministers, der Rechtsanwalt Dr. Georg Brantig, mit der Verteidigung Wehners beauftragt. Nachdem er die Akten gelesen und die Denunziationen Wehners in seinem Vernehmungsprotokoll zur Kenntnis genommen hatte, erklärte er öffentlich:

„Dieser Mann ist weder ein Kommunist noch ein Antifaschist. Wehner ist ein Provokateur und Verräter. Ich muß es ablehnen, ihn zu verteidigen."

Im schwedischen Gerichtsurteil über Wehner wird in allen Einzelheiten seine Spionagetätigkeit für die Sowjetunion geschildert. Seine Gefährlichkeit veranlaßte die schwedischen Behörden, ihn nach Verbüßung der einjährigen Zuchthausstrafe noch fast zwei Jahre in einem Internierungslager festzuhalten.

In dem Buch des ebenfalls in Stockholm tätig gewesenen Kommunisten Karl Mewis „Im Auftrag der Partei" (1971 im Dietz-Verlag in Ost-Berlin erschienen) wird nicht nur Wehners Tätigkeit in Schweden eingehend geschildert, sondern auch wie er nach seiner Entlassung aus dem Internierungslager bemüht war, wieder als Kommunist anerkannt und in der Partei verwendet zu werden. Mewis schreibt dazu:

„Wehner zog an die Westküste und tat so, als wäre er noch Kommunist. Nicht genug damit, forderte er auch noch als Mitglied unseres Zentralkomitees anerkannt zu werden. Einige Genossen hielten zu dem Mann, der jetzt offensichtlich ein doppeltes Spiel trieb. Wehner nutzte etwa zwei Jahrzehnte die Tatsache aus, daß alle Unterlagen aus seinem Prozeß als ‚Geheime Verschlußsache' geführt wurden. Bis 1945 hatte er allerdings ebenso wenig wie wir gewußt, daß bereits im Juni 1942 durch die in Moskau anwesenden Genossen der Führung der Partei sein Ausschluß aus der KPD erfolgt war. Wie uns Genosse Wilhelm Pieck nach 1945 mitteilte, war der Beschluß damals nicht veröffentlicht worden ... Deshalb entstand eine schwierige Situation, als Wehner 1944 versuchte, in unserer Parteiorganisation zu wirken. Es gelang Wehner, einigen deutschen Kommunisten an der Westküste Harmlosigkeit der Gegensätze zwischen ihm und dem anderen Mitglied des ZK, also mir, vorzuspielen, so daß diese für die Eingliederung Wehners in die Arbeit der KPD eintraten ... Der Biedermann Wehner gab sich loyal, nannte seine Verhaftung einen Betriebsunfall und erklärte seine unabänderliche Treue zur Partei und zur Komintern."

Mewis schildert dann eingehend, in welchem Umfang durch die Aussagen Wehners die in Deutschland befindlichen Kommunisten der Gestapo ausgeliefert und zum Teil hingerichtet wurden. Mewis behauptet auch, daß Wehner bereits 1941 Kontakt zum britischen Geheimdienst aufgenommen und also schon damals ein Doppelspiel getrieben hätte.

Trotz schwerster Bedenken Kurt Schumachers gelang es Wehner, nach Hamburg zurückgekehrt, bald in der SPD einen ähnlichen Aufstieg zu nehmen wie in der KPD und in Moskau. Mit Willy Brandt verband ihn schon in Paris der gemeinsame Kampf für eine Volksfront von Sozialdemokraten und Kommunisten. Seine besondere Leistung war die Gründung des „Komitees zur Schaffung der deutschen Volksfront" am 2. Februar 1936 in Paris. Sein „Auf-

ruf für Frieden, Freiheit und Brot" mit eindeutig kommunistischer Diktion trug die Unterschriften Willy Brandts, Herbert Wehners und weiterer zahlreicher Kommunisten. Auch die Beziehung Brandt und Wehners zu dem kommunistischen Doppelagenten Leo Bauer, der bis zu seinem kürzlichen Tode als Berater von Bundeskanzler Brandt tätig war, begann in jener Zeit in Paris.

Der Aufstieg Wehners in der SPD der Nachkriegszeit war verbunden mit einer von ihm fast zwei Jahrzehnte lang proklamierten „Neutralitätspolitik", mit wiederholten Loyalitätserklärungen gegenüber der Sowjetpolitik, mit klassenkämpferischen Parolen und den Kampf gegen die EWG und die Nato. Ganz offensichtlich versuchte Wehner, nachdem seine Rechtfertigungsversuche gegenüber den Kommunisten mißlungen waren, nun auf dem Umweg über eine sowjetfreundliche und neutralistische SPD den alten Traum von einer europäischen Volkfront und einer Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu verwirklichen. Noch am 15. April 1957 erklärte Wehner:

„Die SPD wird die Wehrpflicht abschaffen, wenn sie an die Regierung kommt. Dieser Beschluß ist unumstößlich."

Im April 58 veröffentlicht der sozialdemokratische „Vorwärts" eine Reihe von klassenkämpferischen Äußerungen Wehners und sein Bekenntnis:

„Eine Wiedervereinigung kommt im Zeichen des demokratischen Sozialismus oder sie wird überhaupt nicht kommen."

Von Wehner stammt der sogenannte Deutschland-Plan, der als Vorläufer der Moskauer Unterwerfungsverträge betrachtet werden muß. Mit ihm sollte die Zusammenführung der DDR und der Bundesrepublik im Zeichen der Sozialisierung vorbereitet werden.

Erst 1960, in erstaunlichem Einklang mit der Veränderung der Deutschland-Politik des Kremls, ändert Wehner seinen strategischen Plan. Er hat erkannt, daß seine prosowjetische Volkfront-Politik der SPD keinen Wahlsieg

und sie niemals an die Macht bringen würde. Die Geburt des Godesberger Programms zur Schaffung der SPD-Volkspartei ist sein erster Schritt zu einer groß angelegten Täuschung des Wählers. Welche Ziele Wehner damit verfolgt, hat er einige Male verraten. So etwa 1960:

„Ich würde mich gegen ein Programm wenden, das es den Sozialdemokraten erschwert oder verbietet, das zu tun, was sie als Sozialdemokraten . . . zu tun für notwendig halten, wenn sie die Macht haben."

Schon 1959 sagte er laut „Vorwärts" vom 4. 12. 1959 zum Godesberger Programm und dessen Zielen:

„Unser Problem ist, wie kommen wir mit den Mitteln der Demokratie zum Sozialismus. Das entscheidende demokratische Mittel aber ist der Wahlsieg der SPD!"

Aus der Klassenkampf-Partei des Neutralismus manipuliert Wehner eine Volkspartei, die sich der Politik der CDU anpaßt und daher wählbar wird. Die Große Koalition schafft die Möglichkeit, sich auch noch als regierungsfähig darzustellen und bereitet die Machtergreifung mit Hilfe der charakterlosen FDP des Jahres 1969 vor.

Zehn Jahre lang hat bis dahin Herbert Wehner sich als leidenschaftlicher Patriot und Demokrat zu zeigen versucht und sogar teilweise den Kommunistenfresser gespielt. Während er gleichzeitig subversive Treffs prominenter SPD-Genossen wie Egon Bahr, Egon Franke, Leo Bauer u. a. mit Kommunisten in Ost-Berlin, Rom und Prag inszenierte, um die neue Ostpolitik nach einem Wahlsieg 1969 vorzubereiten. Zur Täuschung der Wähler proklamierte Herbert Wehner u. a.:

1963 in der Festschrift zum Deutschland-Treffen der Schlesier:

Wir verzichten als Deutsche im freien Teil Deutschlands auf keinen unserer Ansprüche; weder auf den als ein Volk in einem demokratischen Staat zu leben noch auf den, daß die Grenzen in einem Friedensvertrag mit einer Vertretung des ganzen deutschen Volkes festzulegen sind . . . Wer eine Deutschland-Regelung für möglich hält, bei der unter dem

Druck von Macht und Gewalt Deutsche hecheln, auch sie seien damit einverstanden, daß in dem einen Teil Deutschlands russische und in dem anderen Teil andere Prinzipien herrschen, der legt eine Bombe mit Zeitzünder an den Weltfrieden. Eine Friedensordnung mit einer Fixierung der Teilung Deutschlands trägt den Keim des Unfriedens und schlimmsten Falls des Krieges in sich . . .".

Inzwischen haben der „Friedenskanzler" und die SPD-Friedenspartei Herbert Wehners genau dies getan.

Oktober 1966 in einem Interview mit dem damaligen Programmdirektor des Südwestfunks Günther Gauss auf dessen Frage, ob wir das Recht hätten, über die Selbstbestimmung hinwegzugehen:

„Nein, das Recht hätten wir nicht. Wir wären Strolche. Es sind zwei völlig verschiedene Fragen, ob ich ein Recht durchsetzen kann oder ob ich das Recht, das nicht durchzusetzen ist, wachhalte . . . Aber mit dem Preisgeben eines Rechts versündigten wir uns am Nächsten und würden uns selbst schwer schaden."

Und zur Frage von Gauss nach dem Offenhalten der Oder-Neiße-Frage antwortete Wehner:

„Mit der Erfüllung der kommunistischen Forderungen wäre jede Hoffnung auf eine gerechte, dauerhafte Friedensregelung für Europa aufgegeben."

Doch während Herbert Wehner sich zum Wählerfang als kompromißloser Vorkämpfer für die deutschen Ostgebiete und die deutsche Einheit aufspielte und gegen die kommunistischen Verbrechen wetterte, begann er bereits subversiv mit Hilfe von Egon Bahr und Leo Bauer im Geist seiner Agentenerfahrung subversive Kontakte mit den Kommunisten des Ostblocks anzuknüpfen zur Vorbereitung jener Politik der Verträge mit Moskau, Warschau und der DDR, in denen das Gegenteil von dem praktiziert wurde, was Brandt und Wehner viele Jahre gefordert hatten.

Während Brandt und Wehner den Wahlkampf 1969 noch mit patriotischen Parolen gegen die Anerkennung der

Oder-Neiße-Linie und für die Wiedervereinigung führten, hatten sie beides längst abgeschrieben.

Die Zeitschrift „Osteuropa" veröffentlicht über die an Landesverrat grenzenden Kontakte und Beziehungen zwischen SPD und kommunistischen Vertretern der SED Ulbrichts und der KP Italiens in ihrem Juni-Heft 1971 erschreckende Einzelheiten, die sich zum Teil auf Veröffentlichungen der kommunistischen Zeitschrift Italiens „Vie Nuove" (Nr. 47 und 48 vom 25. 11. und 2. 12. 70) und auf die kommunistische Parteizeitung „L'Unita" vom 21. 11. 70 stützten. Was fast die gesamte Presse der Bundesrepublik unterschlug, wurde im Ausland offen ausgesprochen.

Das Komplott zwischen SPD und Kommunisten als Vorspiel zu den Ostverträgen begann mit der Konferenz der kommunistischen Parteien Europas im April 1967 in Karlsbad. Die dort ausgearbeiteten Programmpunkte über die Zweistaatentheorie, die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Zwischenphase der angestrebten Bolschewisierung ganz Deutschlands sind z. T. wortgleich mit Passagen in den Verträgen von Moskau und Warschau. Die KP Italiens übernahm die Aufgabe, die Karlsbader Beschlüsse den westdeutschen Sozialdemokraten nahe zu bringen. „Vie Nuove" schrieb dazu im Dezember 1970:

„Im September 1967 — 6 Monate nach Karlsbad — begab sich der Redakteur der „L'Unita" Alberto Jacoviello, nach Westdeutschland in die Ferien. In Bonn traf er sich mit einigen deutschen Links-Journalisten, u. a. mit dem sechzigjährigen Leo Bauer, dem Redakteur des ‚Stern' und späteren Direktor der ‚Neuen Gesellschaft'."

Bauer traf sich in Rom mit dem Sekretär des italienischen KP-Chef Luigi Longo und bereitete im Auftrag Brandts und Wehners das konspirative Treffen vom 28. November 1967 in Rom vor, bei dem neben Bauer der SPD-Funktionär Wesemann und der heutige Minister für innerdeutsche Beziehungen Egon Franke mit Kommunisten zusammentraf. Das Komplott fand unter ausdrücklicher

Billigung des SPD-Parteivorstandes statt, und die Zusammenkunft wurde von Außenminister Brandt dem Bundeskanzler Kiesinger verschwiegen. Egon Franke akzeptierte bei den Geheimgesprächen die Karlsbader kommunistischen Thesen von der „Anerkennung der bestehenden Grenzen" und der „Existenz zweier deutscher Staaten". Er stellte die staatliche Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze in Aussicht, obwohl die SPD noch zwei Jahre danach pathetisch im Wahlkampf erklärte, man würde dies niemals tun. Der deutsche Wähler wurde schon damals von Brandt und Wehner vorsätzlich belogen.

Die von der Kapitulationsbereitschaft der Bonner Genossen erfreuten italienischen Kommunisten bereiteten daraufhin in zwölf Tagen dauernden Gesprächen mit Vertretern der SED, die am 14. Februar 1968 in Rom begannen, das weitere Zusammenspiel zwischen SED und SPD gründlich vor.

Der damalige Außenminister Willy Brandt sorgte subversiv dafür, daß die kommunistische Delegation aus Ost-Berlin ungehindert durch die Bundesrepublik und in Italien einreisen konnte.

Im März 1968 kam es dann zu einem „Gipfeltreffen" der Verschwörer in München. Hier war neben den italienischen Kommunisten, neben Leo Bauer und Egon Franke nun auch Egon Bahr, damals Staatssekretär im Auswärtigen Amt, dabei. Auch diese Zusammenkunft wurde Bundeskanzler Kiesinger verschwiegen. Erst später informierte Wehner die CDU/CSU-Fraktion und sprach verharmlosend von unverbindlichen Gesprächen mit den Kommunisten.

Der Bundesnachrichtendienst hatte allerdings die Verschwörer, die ihr Komplott mit den Kommunisten schon seit Jahren vorbereitet hatten, observiert. Auf Befehl des Kanzleramtsministers Horst Ehmke wurde z. B. die Akte über Egon Bahr inzwischen vernichtet, die sich jedoch im Besitz der amerikanischen und englischen Geheimdienste

befindet. In ihr sind folgende wichtige Informationen enthalten:

„März 1966: *Erste Orientierungsreise nach Prag.*

Juni 1967: *Stark abgeschirmte Reise nach Prag (Sondierungsgespräch mit dem stellvertretenden tschechischen Außenminister Klicka)"*

Die Akte enthält nach solchen stichwortartigen Informationen weiterhin folgende Fakten über Bahrs Kontakte mit kommunistischen Geheimdiensten und Funktionären:

„Mai 1963: *Der erste Sekretär der sowjetischen Botschaft in Ostberlin Belitzki erhält Auftrag, seine regelmäßigen Zusammentreffen mit E. Bahr zu intensivieren. Von sowjetischer Seite wird auf größtmögliche Geheimhaltung Wert gelegt (ständiger Wechsel der Trefforte in West- und Ostberlin). Ziel der Kontakte ist, Möglichkeiten einer eigenständigen Politik des Westberliner Senats zu prüfen und zu fördern.*

August 1963: *Die Meinungsverschiedenheiten in der Westberliner SPD werden in der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet. In Sondierungsgesprächen soll festgelegt werden, daß E. Bahrs Rede in Tutzing (15. 7. 1963) auf einen echten Gesinnungswandel und Kurswechsel W. Brandts zurückgeht. Ein hoher tschechischer Funktionär gibt tschechischen Diplomaten in Ost-Berlin den Auftrag, zu untersuchen, welche Konsequenzen (neue ostpolitische Initiative?) von Brandt und Bahr zu erwarten sind. Von tschechischer Seite wird Bahr als ‚vorgeschobener Sprecher' für W. Brandt eingeschätzt.*

Febr. 1964: *In der sowjetischen Botschaft in Ostberlin wird mit Befriedigung festgestellt, daß die Kontakte sowjetischer Diplomaten mit E. Bahr parallel zu den laufenden Passierscheingesprächen fortgesetzt werden.*"

Seitenweise wird dann über ähnliche Kontakte Bahrs mit sowjetischen und kommunistischen Funktionären berichtet und über Äußerungen, die gegen deutsche Interessen gerichtet sind und den sowjetischen Standpunkt unterstützen.

Der gleiche Bundesnachrichtendienst erhielt von ausländischen Geheimdiensten im Frühjahr 1970 ein Schreiben aus Schweden, aus dem hervorging, daß Herbert Wehner in seinem dortigen Sommerhaus geheime Zusammenkünfte mit hohen Funktionären des sowjetischen Geheimdienstes, darunter einem General des KGB gehabt habe. Das beim schwedischen Geheimdienst aufgrund der früheren Spionagetätigkeit Wehners für die Sowjetunion noch immer bestehende Mißtrauen führte zu einem Skandal. Bei seiner Ausreise aus Schweden wurde Wehner von der schwedischen Grenzpolizei und der politischen Polizei besonders eingehend untersucht und sein Wagen von oben bis unten gefilzt. Wehner erhielt auf seine empörten Fragen, warum man ihn im Gegensatz zu anderen ausreisenden Deutschen so genau untersuche, keine Antwort. Als er sich in Beleidigungen erging, wurde ihm bedeutet, er möge in Zukunft Schweden mit seinen Besuchen verschonen. Dies geschah in einem immerhin von Sozialdemokraten geführten Land gegenüber dem Fraktionsführer der deutschen Regierungspartei.

Im Zusammenhang ist es auch kennzeichnend, daß Herbert Wehner wie der „Deutsche Handelsanzeiger" vom 15. Mai 1972 meldet, nicht in die USA einreisen darf, weil er als ehemaliger Kommunist und sowjetischer Agent, wie das amerikanische Recht vorschreibt, keine Unbedenklichkeitsbescheinigung vorlegen kann. Wehner durfte nur ein

mal, 1950, amerikanischen Boden betreten, allerdings nur zum Besuch der UNO in New York, die als exterritoriales Gelände gilt.
Ebenso aufschlußreich ist es, daß die Geheimdienste der westlichen Welt seit der Machtergreifung der ehemaligen Kommunisten Brandt und Wehner und ihrer Funktionäre Ehmke und Bahr mit den bundesdeutschen Geheimdiensten keine weiteren vertraulichen Informationen mehr austauschen, weil sie befürchten, daß dieselben bei den sowjetischen und kommunistischen Geheimdiensten des Ostblocks landen.

Neben den subversiven Beziehungen zu Funktionären der Sowjets, Ulbrichts und der italienischen KP bemühte sich Wehner um immer engere Beziehungen zu den jugoslawischen Kommunisten und erklärte in jugoslawischen Zeitungen, man müsse endlich „die Vorurteile zwischen Kommunismus und Sozialdemokraten abbauen".
„Die Welt" vom 19. Oktober 1972 veröffentlicht Einzelheiten über ein im Oktober 1972 erschienenes sensationelles Buch, in dem zahlreiche ehemalige Mitglieder der SPD weitere Einzelheiten über Wehners Tätigkeit als Sowjetspion veröffentlichen. Danach stand Wehner während des Zweiten Weltkrieges auch in engen Kontakten zur sowjetischen Spionageorganisation „Rote Kapelle". In dem Buch wird geschildert, daß Wehner zu diesem Zweck die Kommunistin Charlotte Bischoff nach Deutschland schickte und von ihr jene Ergebnisse der landesverräterischen Ausspähung erhielt, mit denen er seinen Moskauer Auftraggeber bediente. In dem Buch heißt es:
„Zwar: Herbert Wehner erfuhr nicht alles, er wurde aber selten von Charlotte Bischoff enttäuscht, wenn es um Informationswünsche ging. Da mußte Bischoff für Wehner Truppenkonzentrationen auskundschaften, Rüstungsbetriebe lokalisieren, Wehrmachtspläne eruieren."

Ist es wirklich für die demokratische Volkspartei SPD tragbar, einen Mann dieser Vergangenheit und dieses Charakters als Spitzenfigur in Partei und Staat dem deutschen

Wähler zu präsentieren? Welche Gewähr bietet Herbert Wehner dafür, daß er die Bundesrepublik nicht heute in ähnlicher Weise den weltrevolutionären Plänen der Sowjets ausliefert?

Der ehemalige Vizepräsent des Bundesnachrichtendienstes Hans-Heinrich Worgitzky sagte laut „Spiegel" über den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Herbert Wehner:

„Dieser Mann ist und bleibt Kommunist; er ist für uns der gefährlichste Staatsfeind."

Der deutsche Wähler hat die Entscheidung darüber, diesen Mann zu wählen.